

# **Scheingewerkschaften dürfen echte Tarifabschlüsse nicht gefährden!**

---

Immer häufiger sucht die Arbeitgeberseite in Tarifverhandlungen das Gespräch mit mehr oder weniger christlichen oder sonstigen „Gewerkschaften“ um das Ergebnis der Verhandlungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Umso dramatischer wird dieser Umstand, bedenkt man, dass die Gewerkschaften mit denen hier Tarifabschlüsse erzielt werden, meist nicht mal Mitglieder in dem betreffenden Betrieb haben. Das Ergebnis dessen ist ein für die Arbeitnehmer\_Innen mehr als dürftiger Tarifabschluss.

Um den Arbeitnehmer\_Innen ihren verdienten Anteil an der Leistung und -fähigkeit ihres Unternehmens zu sichern brauchen sie Tarifabschlüsse die diesen Namen auch verdienen verhandelt durch starke Gewerkschaften, wie der IGM oder der ver.di. Diese Gewerkschaften können nur die sein die durch einen Großteil der organisierten Arbeitnehmer\_Innen eine Rechtfertigung dazu erhalten ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten.

Die SPD und ihre Bundestagsfraktion soll deshalb darauf hinwirken, dass künftig vor Tarifverhandlungen die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften aus den betroffenen Branchen offen gelegt werden müssen.

Um tariffähig zu sein und Tarifverträge abschließen zu können, ist laut ständiger Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts eine ausreichende „Sozialmächtigkeit“ der Gewerkschaften notwendig. Das heißt, sie müssen ausreichend schlagkräftig und durchsetzungsfähig sein, um der Arbeitgeberseite ein wirkliches Gegengewicht (viele Mitglieder\_Innen) bieten zu können. Dies würde durch eine Offenlegung der Branchenmitgliederzahlen gewährleistet werden.

Begründung:

Ohne diese Regelung können wir derzeit beobachten, dass Scheingewerkschaften, die sich häufig „christlich“ nennen, ohne eigene Mitgliederbasis in den Betrieben zu gefälligen Gesprächspartnern für die Arbeitgeberseite werden. Sie verspüren keinen Druck der ihr vertrauenden Mitglieder\_Innen auf gute Tarifabschlüsse hinzuwirken, da sie keine haben, sondern sind im Gegenteil froh als kompromissbereiter Ansprechpartner der Arbeitgeberseite als „Interessens“vertretung in Erscheinung treten zu können. Diese Kompromissbereitschaft geht zu Lasten der erzielbaren Ergebnisse der Tarifverhandlungen und damit letztendlich zu Lasten der Arbeitnehmer\_Innen.

Da dies noch kein flächendeckendes Problem darstellt, sind wir gerade jetzt dazu aufgerufen dieser Entwicklung frühzeitig einen Riegel vorzuschieben um weitere Auswüchse zu verhindern. Vor allem aber gibt die angestrebte Regelung jenen Arbeitnehmer\_Innen wieder Hoffnung die durch eine solche „Gewerkschaft“ in vergangenen Tarifrunden um gerechte, weil bessere Ergebnisse gebracht wurden.